

FRIEDENS JOURNAL



50 Jahre Ostermarsch gegen Atomwaffen und Kriege



- Haiti: Katastrophen-Imperialismus
- Afghanistan: Zivil-militärische Zusammenarbeit als Strategiewechsel?
- Zivil-militärische Zusammenarbeit im Medienbereich
- Friedensnobelpreis: Alternativen sind vorhanden
- 1960 – 2010: 50 Jahre Ostermarsch
- Israelische Friedensbewegung sucht Dialog in Deutschland

Inhalt

SCHWERPUNKT

Katastrophen-Imperialismus in Haiti 3
Zivil-militärisch in Afghanistan 9

THEMA

Bildermaschine für den Krieg 11

GASTKOMMENTAR

Friedensnobelpreis 5

INTERVIEW

Israelische Friedenskräfte in Deutschland . . . 7

FRIEDENSBEWEGUNG

1960: Erster Ostermarsch 13

RUBRIKEN

Im Blickfeld 5, 10
Hintergrund 8
Buchbesprechung 15
Rückseite 16

Das nächste Friedensjournal erscheint am
15.05.2010

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solipreis von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet: www.friedensjournal.de

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel
Tel.: 05 61/804-23 14 · Fax: 05 61/804-3738
e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß,
Lühr Henken, Hans-Peter Laubenthal,
Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski,
Horst Trapp, V. i. S. d. P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,

Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

„Zivil-militärisch“ soll zur staats- tragenden Ideologie werden

Liebe Leserinnen und Leser,

der Deutsche Bundestag steht zum Afghanistan-Einsatz nach wie vor mit großer Mehrheit gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit.

Die für die Besatzer immer schwieriger werdende Situation in Afghanistan wird offiziell mit einem „Strategiewechsel“ zum verstärkten zivilen Aufbau verkauft, wozu man eben Militärpräsenz benötige. Unser Redaktionsmitglied und Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz hat kürzlich Afghanistan besucht und schildert in ihrem Beitrag die gewonnenen Eindrücke zur dort praktizierten zivil-militärischen Zusammenarbeit. Was hierzulande noch gut klingen mag, entpuppt sich angesichts der Realitäten vor Ort als völlig unglaubwürdig.

Dass zivile Hilfe zunächst mal eine militärische Komponente hat, soll mittlerweile als selbstverständlich akzeptiert werden. Die Art und Weise, wie die USA damit ihren als Katastrophenhilfe deklarierten Militäreinsatz in Haiti durchgeführt haben, ist erschreckend. Christoph Marischka analysiert den US-Einsatz im Zusammenspiel mit der „internationalen Gemeinschaft“ als Beispiel für koloniale Kontinuität.

Ein ganz andere Ebene der zivil-militärischen Zusammenarbeit findet – bisher eher unbeachtet – im Medienbereich statt. Peter Bürger hat sich darauf spezialisiert, die Durchdringung militaristischer Ideologie in Film und Fernsehen sowie bei Videospiele aufzuarbeiten und kritisch darzustellen. Sein Beitrag in dieser Ausgabe ist deshalb von größter Wichtigkeit zur Wahrnehmung aller Facetten der Kriegspropaganda.

Um Kriegspropaganda geht es auch bei dem sich zuspitzenden gesellschaftlichen Diskurs über Antisemitismus. Unser Redakteur Karl-Heinz Peil hat sich in dieser Ausgabe gleich zweimal damit befasst. Zum einen in einem Interview mit dem Israeli Yahav Zohar, der sich Anfang dieses Jahres mehr als fünf Wochen in Deutschland aufge-

halten hat. Auf seinen Veranstaltungen mit Aktivisten der Friedensbewegung hat er nicht nur den Kampf seiner Organisation gegen die Häuserzerstörungen von Palästinensern dargestellt, sondern auch sein Unverständnis darüber, wie in Deutschland der Begriff Antisemitismus als Totschlagargument gegen kritische Stimmen zur israelischen Politik herhalten muss.

Auch in unserer Buchbesprechung über „Antisemitismus und Islamophobie“ geht es um diesen Problemkreis.

Diese Ausgabe erscheint pünktlich vor Ostern bzw. dem diesjährigen Ostermarsch, der in Deutschland damit seinen 50. Jahrestag erhält. Grund genug für einen Rückblick und einen Ausblick auf die noch vor uns liegenden Aufgaben. Das Thema Atomwaffen stand ganz am Anfang der Ostermarschbewegung und ist es heute noch ebenso wie vor 50 Jahren. Ein breit unterstützter Aufruf „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen“ (Seite 16) soll am 3. Mai 2010 in New York dem Generalsekretär der UN übergeben werden. Weitere Unterzeichner werden von uns den Initiatoren zugeleitet.

Wir bitten bei dieser Gelegenheit alle Leser, die ihren jährlichen Soli-Beitrag für das Friedensjournal noch nicht überwiesen haben, dieses nachzuholen. (Zahlkarte liegt bei) Dieser Beitrag von mindestens 15 Euro ist eine wichtige Voraussetzung für das regelmäßige Erscheinen des FriedensJournal, das den Aktiven der Friedensbewegung wichtige Argumentationshilfen liefert. Die weitere Werbung um Bezieher könnte die Gesamtkosten noch günstiger gestalten.

Horst Trapp

Unser Titelfoto: Konrad Tempel und seine spätere Frau Helga waren Haupt-Organisatoren des ersten deutschen Ostermarsches 1960. Das Foto zeigt ihn mit einem Plakat von damals, am 25.02.08 in seinem Haus in Ahrensburg (Quelle: EPD)

Katastrophen-Imperialismus in Haiti

von Christoph Marischka, Informationsstelle für Militarisierung e.V. (IMI), Tübingen

Die USA nutzten das Erdbeben im ärmsten Land der westlichen Hemisphäre für eine erneute Invasion. Doch auch die sonstigen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft offenbaren mehr koloniale Kontinuitäten, als dass sie der Bevölkerung helfen würden.

Koloniale Kontinuitäten

Der Großteil der Bevölkerung Haitis stammt von aus Afrika verschleppten Sklaven ab, welche in der zunächst spanischen, später französischen Kolonie überwiegend auf Plantagen einer kleinen europäischen Oberschicht arbeiten mussten. Seit einem Sklavenaufstand von 1791-1804 ist das Land formal unabhängig und damit die erste „befreite“ Kolonie und der erste "moderne" Staat, der überwiegend von Menschen bewohnt wurde, die aus Afrika stammen. Eine kleine (meist weiße) Oberschicht konnte sich aber insbesondere durch die Unterstützung aus Frankreich und den USA an der Macht halten und die Geschichte des Landes kontrollieren. Mehrfach intervenierten Frankreich und die Vereinigten Staaten, um Aufstände niederzuschlagen oder Regierungen abzusetzen. Dass es sich bei Haiti um einen „gescheiterten Staat“ par excellence handelt rührt daher, dass die jeweiligen Regierungen de facto einer kleinen Minderheit und ausländischen Interessen dienen müssen, sobald sie die Interessen der Mehrheitsbevölkerung vertraten, wurden sie abgesetzt.

Die gegenwärtige US-amerikanische Invasion ist bereits die vierte seit 1915, auch zwischen diesen militärischen Einsätzen wurden mehrfach Putschisten und Oppositionsgruppen unterstützt, so auch 1991, als Jean-Bertrand Aristide, erster gewählter Präsident Haitis, gestürzt wurde. 1994, unter der Regierung Clintons, marschierten US-Marines erneut ein, um Aristide wieder ins Amt zu bringen, nachdem dieser versprochen hatte, zukünftig die neoliberale Politik der USA gegenüber Haiti zu unterstützen. Dessen Nachfolger Préval (heute wieder Präsident) liberalisierte die Wirtschaft weiter, sodass 2000 Aristide mit

einem anti-neoliberalen Programm erneut gewählt wurde. Um künftige Putsche zu vermeiden, löste er die Armee auf, die sich im Nachbarland Dominikanische Republik mit US-amerikanischer Hilfe reorganisierte, während die USA internationale Sanktionen und Kürzung der Hilfen für Haiti durchsetzte. 2004 putschten die Ex-Militärs dann im Zuge allgemeiner Unruhe erneut, Aristide wurde von französischen und US-amerikanischen Truppen außer Landes gebracht, nach eigenen Angaben verschleppt.

Die USA, Frankreich und Chile stationierten danach Truppen im Land und organisierten die kommende Machtverteilung. Nach wenigen Wochen wurden diese von der brasilianisch geführten UN-Mission MINUSTAH ergänzt bzw. ersetzt, welche sich v.a. auf die Unterstützung der neuen haitianischen Polizeieinheiten der HNP bei der Bekämpfung von „Gang-Violence“ in den Slums konzentrierte. Tatsächlich war die HNP aber selbst massiv an Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen beteiligt und ging sie ausschließlich gegen Anhänger Aristides vor, von denen viele – das muss eingeräumt werden – fast nur noch räuberischen Aktivitäten zur persönlichen Bereicherung nachgingen. Die Unterstützung der HNP durch die MINUSTAH führte mehrfach dazu, dass UN-Hubschrauber stundenlang Slums unter Beschuss nahmen und mit Panzern vorrückten, um mit den entsprechenden Opferzahlen die Verhaftung einzelner „Verdächtiger“ zu ermöglichen. Sie unterstützte die HNP auch bei Verhaftungen von Aristide-Anhängern, die lediglich dazu dienen sollten, diese von der Kandidatur (und Teilnahme) bei Wahlen abzuhalten. Die Mehrzahl der Inhaftierten in Haiti werden nach acht- bis fünfzehnmonatiger Haft entlassen, ohne dass Anklage gegen sie erhoben worden wäre (im Mai 2007 waren von 5.500 weniger als 10% verurteilt). Viele sterben auch in Haft. Der haitianischen Oberschicht nahestehende Lobby-Gruppen in den USA fordern kontinuierlich ein härteres Vorgehen gegen die „Kriminellen“, die Slumbewohner, während Menschen-

rechtsgruppen wie die International Association of Democratic Lawyers wegen Menschenrechtsverletzungen durch die UN-Truppen und die HNP einen Rückzug der UN fordern.

Eindimensionale Sicherheit

Obwohl das Problem Haitis die allgemeine Armut ist (460 Kilokalorien fehlen den etwa 8.3 Mio. Einwohnern im Durchschnitt täglich. 80% der Bevölkerung sind arbeitslos), reagierte die internationale Gemeinschaft, wie auch nach der aktuellen Erdbebenkatastrophe, auf die Probleme des Landes nur mit dem Ruf nach „mehr Sicherheit“. So steht die Ausbildung von Polizei und die militärische Kontrolle der Slums im Mittelpunkt der Bemühungen der MINUSTAH. Auf die Warnungen der FAO vor einer drohenden Hungerkrise auf Grund durch Wirbelstürme vernichteter Ernten und steigender Getreidepreise im Februar 2008 reagierte die internationale Gemeinschaft nicht. 96 Mio. US\$ wären notwendig gewesen, um die Katastrophe abzuwenden, der Einsatz der MINUSTAH hatte allein im Vorjahr 535 Mio. US\$ gekostet. Als die Hungerkatastrophe dann Anfang April 2008 kam, die Bevölkerung anfang, Lehm zu essen, waren die UN-Truppen mit scharfer Munition daran beteiligt, Proteste unter Schusswaffengebrauch niederzuschlagen und den Präsidentenpalast zu verteidigen. Sie machten Drogenhändler für die Aufstände verantwortlich, rühmten sich aber auch, dass es aus den von ihnen am stärksten patrouillierten Slums, wo diese überwiegend aktiv sind, wenig Beteiligung an den Protesten gegeben hätte. Präsident Préval überstand die Proteste aufgrund internationaler Unterstützung im Amt, musste aber den Premier Alexis und dessen Regierung entlassen. Während der zähen Regierungsneubildung verwüsteten mehrere Wirbelstürme das Land, denen hunderte Menschen zum Opfer fielen. Die International Crisis Group nahm dies zum Anlass, mehr internationale Unterstützung im Rahmen der Sicherheitssektorreform für die Polizei und die Gefängnisse einzufordern, denn

„auch Polizeistationen, Gerichte und Gefängnisse ... wurden beschädigt“. Wirbelstürme, Überschwemmungen und auch Erdbeben, von denen die Oberschicht aber meist nur marginal betroffen ist, sind in Haiti keine Seltenheit und eine größere Katastrophe war abzusehen. Doch die internationale Gemeinschaft versagt dabei, entsprechende Strukturen bereitzustellen, um bei solchen Katastrophen die Folgen für die Bevölkerung zu minimieren, bzw. diese in die Lage zu versetzen, sich in Notlagen selbst zu helfen. Dies würde zunächst Armutsbekämpfung voraussetzen, denn wer nichts hat, kann sich auch nicht helfen. Vor allem aber sollte auch in öffentliche Infrastruktur, Wasser- und Energieversorgung, Schulen und Krankenhäuser investiert werden. Diese werden bislang fast ausschließlich von ausländischen Hilfsorganisationen bereitgestellt und verwaltet, was sowohl die Abhängigkeit als auch Wut über ausbleibende Hilfe gegenüber den Betreibern steigert.



*Boat People aus Haiti
(Quelle: Wikipedia)*

Das Erdbeben: „nur“ eine andere Katastrophe

Wesentlicher Unterschied zu den vorangegangenen Katastrophen ist, dass diesmal auch die Oberschicht und die Institutionen der internationalen Gemeinschaft betroffen sind. So war die UN in den ersten Tagen v.a. damit beschäftigt, sich notdürftig zu reorganisieren und über den Verbleib ihrer MitarbeiterInnen zu informieren. Zahlreichen Berichten zufolge nahmen die

eingeflogenen Rettungshunde- und Suchtrupps zunächst bzw. bislang fast ausschließlich ihre Arbeit dort auf, wo Mitarbeiter internationaler Organisationen und Angehörige der Oberschicht verkehren, wie etwa im Hotel Montana. Insgesamt konnten die 17.000 eingeflogenen Rettungskräfte in den ersten zehn Tagen nach der Katastrophe gerade 90 Menschen bergen. Unmittelbar nach der Katastrophe wurde von den internationalen Organisationen insbesondere der Zusammenbruch der Kommunikationsstrukturen wahrgenommen.

Internationalen Medien berichteten, dass die Hilfe die Bevölkerung kaum erreichen würde. Sie machten hierfür v.a. die Sicherheitslage verantwortlich und vermitteln wegen der eintreffenden US-Soldaten eine Hoffnung auf Besserung. Tatsächlich blockierten aber die Flugzeuge der US-Army den kleinen Flughafen von Port-au-Prince und zahlreichen Transportflugzeugen wurde von dieser die Landung verwei-

gert, nachdem sie die Kontrolle über den Flughafen und den Luftraum übernommen hatten. Denn es ist nicht genügend Platz auf dem Flughafen - nicht nur zum Starten und Landen der Maschinen - sondern vor allem für deren Entladung.

Die US-Invasion

Bereits kurz nach dem Erdbeben landeten Fallschirmjäger der 82sten Luftlandedivision am Flughafen Port-au-Prince, am folgenden Abend erreichte eine Flotte um den Flugzeugträger USS Carl Vinson mit 19 Hub-

schaubern die Küste Haitis. Zunächst war von insgesamt 3.000, dann von 7.000 und von 10.000 US-Soldaten die Rede.

Als Grund für die massiven Truppenverlegungen werden die Absicherung von humanitären Hilfsmaßnahmen sowie v.a. Plünderungen und Ausschreitungen genannt. Diese Gewalt wurde von Anfang an befürchtet - fast schon beschworen -, blieb aber zunächst aus, obwohl zahlreiche Medien schon von „wachsender Wut“ schrieben. Die UN-Vertreter beteiligten sich rege an der Konstruktion dieser Szenarios. Zahlreiche Formen von Selbsthilfe wurden als "Plünderungen" kriminalisiert: Die "Opfer" sollen gefälligst warten, bis ihnen internationale Organisationen Zelte aufschlagen, anstatt zu versuchen, aus den Ruinen alter Häuser (vielleicht sogar ihrer eigenen Häuser, wie sollten Sicherheitskräfte in dieser Situation Eigentumsverhältnisse klären können) neue Baracken aufzubauen.

Während die UN noch diplomatisch davon redeten, das „größte Hindernis für eine zügige Verteilung der Hilfslieferungen, die mittlerweile aus aller Welt eintreffen, ...[sei] der beschädigte Flughafen und die überlastete Luftraum über Port-au-Prince“, wird ein Vertreter des World Food Program schon deutlicher: „hier gehen 200 Flüge täglich an und ab... Aber die meisten dieser Flüge sind für das US-Militär“. Ein Sprecher der Flugsicherung in der benachbarten Dominikanischen Republik bestätigte, dass die Flugzeuge stundenlang warten mussten, weil kein Platz auf dem Flughafen sei und niemand unter diesen Umständen die Verantwortung dafür übernehmen wolle, die Hilfslieferungen zu entladen. Auch einer Lieferung der UNICEF mit medizinischer Ausrüstung, Decken und Zelten wurde von der USA die Landegenehmigung verweigert, worauf es nach Panama zurückkehren musste. Im französischen Außenministerium regte sich Protest gegenüber dem US-State Department, nachdem dieses die Landung eines französischen Flugzeuges blockierte, das ein Hospital an Bord hatte. Der Flughafen Port-au-Prince sei de facto „kein Flughafen der inter-

nationalen Gemeinschaft [mehr], sondern ein Anhang Washingtons“.

Imperiale Ziele

Hinter den Zielen des US-Engagement steht sicherlich, eine im Süden der USA (Florida) befürchtete Flüchtlingswelle aus Haiti zu unterbinden. Aber auch die außenpolitischen Probleme der USA in Südamerika, hier insbesondere mit Venezuela, könnten eine Rol-

le bei der militärischen Invasion gespielt haben. Dafür spricht auch, dass erst kürzlich die Niederlande den US-Streitkräften Einrichtungen auf Aruba und Curacao zur Verfügung stellten, von denen aus es schon mehrfach zu Verletzungen des venezuelanischen Luftraums gekommen sein soll. Venezuela fühlt sich zunehmend eingekreist von den v.a. auch in Kolumbien agierenden US-Streitkräften. Erst kürzlich

warnte der Bischof der kolumbianischen Grenzdiözese Cucuta vor einer zunehmenden Eskalation von Zusammenstößen zwischen kolumbianischen und venezuelanischen Kräften: "Wie viele Tote brauchen wir, bis endlich auch der Blick der internationalen Staatengemeinschaft auf dieses Problem gelenkt wird?" Doch die war damit beschäftigt, dem Aufmarsch der US-Truppen in Haiti zu applaudieren.

IM BLICKFELD

US-Attacken auf Haiti

von Mumia Abu-Jamal

Seit Generationen schüren die USA das Chaos in dem Karibikstaat und stützten seine Diktatoren. [...]

Die Bevölkerung Haitis war schon lange vor dem Erdbeben am 12. Januar 2010 Attacken ohnegleichen ausgesetzt, weil sie gewagt hatte, vor zweihundert Jahren für ihre Freiheit zu kämpfen und zu siegen – die Freiheit der schwarzen Sklaven. [...]

Auch ohne Erdbeben haben die Haitianer jahrzehntelang in einem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Chaos gelebt, das zumeist von den USA geschürt und aufrechterhalten wurde. Seit Generationen haben die USA Haitis Diktatoren gestützt, die das Land ausgeplündert und sich mit Repression und Folter an der Macht gehalten haben. Der haitianische Historiker und Anthropologe Ralph Trouillot sagte über die Invasion durch die USA im Jahr 1915 und die bis 1934 dauernde militärische Besetzung des Inselstaats, die US-Amerikaner hätten in dieser Zeit »nichts gelöst, aber alles verkompliziert«.

Die Haitianer sind ein starkes, kluges und bewundernswertes Volk. Sie haben vor 200 Jahren etwas vollbracht, das Millionen von Schwarzen rund um den Globus die Augen und Herzen geöffnet hat. Deshalb ist es nicht gerecht, dass sie für etwas bestraft werden, an dem der berühmte Sklavenführer Spartacus und seine Getreuen während des Römischen Reiches gescheitert sind. Die afrikanischen Sklaven Haitis haben das französische Imperium besiegt und Napoleon Bonaparte, einen der größten Feldherrn der Geschichte, zur Kapitulation gezwungen.

Die Menschen Haitis haben weitaus mehr Solidarität verdient, als ihnen zuteil wird. Ihre Vorfahren haben einst den Duft der Freiheit geatmet und mit Millionen anderen Unterdrückten geteilt – nicht nur mit Schwarzen, sondern auch mit Lateinamerikanern, die unter der Kolonialherrschaft der spanischen Krone geschunden wurden. Die Haitianer verdienen, was ihnen seit zweihundert Jahren vorenthalten wird: ein gutes Leben, Gesundheit, Selbstbestimmung, Wohlstand, Gerechtigkeit und Frieden.

Quelle: *Junge Welt* – 06.02.2010

GASTKOMMENTAR

„Nobelpreis für Jean Ziegler“

von Hans See, Vorsitzender von „Business Crime Control e.V., Frankfurt



Hans See

Die Bürger- und Menschenrechtsorganisation Business Crime Control e.V. startete anlässlich der überraschenden

und umstrittenen Verleihung des Friedensnobelpreises an den US-Präsidenten Barack Obama noch im Dezember 2009 eine Kampagne mit dem Ziel, im Jahr 2010 diesen Preis dem Schweizer Bürger- und Menschenrechtler Jean Ziegler zu verleihen.

BCC begründete diesen Vorschlag mit Zieglers seit Jahrzehnten durch Reden, Schriften und Taten geführten Kampf gegen wirtschaftlichen und politischem Machtmissbrauch und damit gegen die Hauptursachen gesellschaftlicher Missstände in seinem eigenen Land, in anderen reichen Ländern des „Westen“, in den von diesen unterstützten „Schurkenstaaten“ und in kommunistischen Diktaturen.

Zieglers mutiges Engagement, vor allem für die Schwächsten der Schwachen, fand von Anfang weltweit große Anerkennung und Unterstützung. BCC hob deshalb besonders hervor, dass der jetzt 75jährige Soziologieprofessor, das ehemalige Mitglied des Schweizer Nationalrats, der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Menschenrecht auf Nahrung, der seit 2008 Mitglied des Beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrats ist, mit seiner politischen Praxis wie mit seinen Reden und Büchern in den vergangenen 40 Jahren erfolgreich darüber aufklärte, dass ein dauerhafter Frieden in der Welt nur durch soziale Gerechtigkeit und ein diese

Gerechtigkeit garantierendes demokratisches Rechtssystem gesichert werden kann. Ziegler stellte sein politisches Leben wie sein wissenschaftliches und literarisches Werk in den Dienst derer, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpfen. Er arbeitet bis heute unermüdlich an der Stärkung der demokratischen Kräfte und der sozialen Bewegungen in der Welt. In den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts richtete sich sein Kampf gegen den „Schweizer Bankenbanditismus“, gegen den inzwischen - zum Wohle der Menschheit - manche erfreuliche Siege errungen wurden. Heute ist Ziegler einer der stärksten Motoren der neuen sozialen Bewegungen, indem er diese „Widersacher“ der „neuen Herrscher der Welt“ immer wieder über Machtmissbräuche, Verbrechen und Missstände informiert und sie ermutigt, nicht nachzulassen, lokal und global für soziale Gerechtigkeit und demokratische Rechte zu kämpfen.



Jean Ziegler während der Studierendenproteste im Herbst 2009 im besetzten Audimax der Universität Wien. (Quelle: Wikipedia)

Der vom calvinistischen Protestantismus zum befreiungstheologischen Katholizismus übergetretene demokratische Kommunist Ziegler warnt davor zu glauben, dass soziale Gerechtigkeit - die die entscheidende Voraussetzung für einen nachhaltigen Frieden ist - von oben oder durch die Freiheit der Märkte kommt. Rettung kommt für ihn weder von irgendwelchen höheren We-

sen noch von den Mächtigen in Regierungen und Chefetagen, welchen wirtschaftlichen und politischen Systems auch immer. Gerechtigkeit muss von unten errungen, muss, wenn den Mächtigen Vernunft und Humanität fehlt, auf demokratischen Wegen erzwungen werden. Mit anderen Worten: Nur Aufklärung und demokratische Kämpfe um konkrete soziale Rechte und Sicherheiten können Feinde der sozialen Gerechtigkeit, die ewigen Kolonialisten und Imperialisten, heute sind es nach Ziegler die „Beutejäger des globalen Finanzkapitals“, das Handwerk legen. Daher ist sein Kampf um Frieden als Kampf um ständige Verbesserung der demokratischer Meinungs- und Willensbildung zu verstehen, deren Ziel es sein muss, auf allen Entscheidungsebenen eine effektive öffentliche Kontrolle der mächtigen Minderheiten durchzusetzen und dauerhaft zu garantieren. Es geht Ziegler nicht nur um Kontrolle der Regierungen und Staatsapparate,

die schlecht funktioniert, sondern auch um die Kontrolle jener Mächtigen, die ihre Macht und Herrschaft noch immer aus der liberalistischen Eigentumsgarantie des 19. Jahrhundert ableiten und glauben, sie hätten das ewige Recht, notfalls auch durch Rückbildung des sozialen und demokratischen Rechtsstaats in einen liberalkapitalistischen Rechtsstaat, ihre maßlosen Profit- und Machtbedürfnisse durchzusetzen.

Ziegler knüpft aus diesem Grund den Frieden, für den er kämpft, wie sein jüngstes Buch „Der Haß auf den Westen – Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren“ zeigt, an Bedingungen. So fordert er, dass die reichen Demokratien endlich ihre Verantwortung für die in der Vergangenheit an den Völkern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas begangene ungeheuerlichen Verbrechen übernehmen und das historische Unrecht, soweit dies überhaupt möglich ist, wieder gutmachen, jedenfalls endlich Ausbeutung, Unterdrückung, Entrechtung und Entwürdigung beenden.

Den Regierenden der reichen demokratischen Staaten wirft Ziegler vor, was ja auch die jüngste Weltfinanzmarktkrise wieder beweist, dass sie diesen „wirtschaftlichen Weltkrieg“, den die Konzerne gegen den größeren Teil der Menschheit führen, noch immer - und dies im Namen von Freiheit und Demokratie - unterstützen, teilweise ideologisch, teilweise, indem sie korrupte Regime an der Macht halten. Und wenn es denn nicht anders möglich ist, auch mit militärischer Gewalt. BCC, die Bürger- und Menschenrechtsorganisation, die angesichts der Privatisierungspolitik seit 1991 einen nicht mehr kontrollierbaren Machtzuwachs der Industrie- und Finanzkonzerne sieht und es für notwendig hält, endlich die Bürger- und Menschenrechte auch vor dem BIG-Business zu schützen, erkannte in Jean Ziegler einen unentbehrlichen Verbündeten. Daher die einhellige Zustimmung des BCC-Vorstands zu der Idee, ihn für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen.

Mitglieder und Repräsentanten sozialer Bewegungen oder diesen nahe stehenden Organisationen und Persönlichkeiten, die Jean Ziegler teilweise seit Jahrzehnten verbunden sind, unterstützten die Kampagne. Da jedoch Vorschläge für die Nominierung schon am 1. Februar 2010 in Oslo eingereicht sein mussten, also zwei Wochen früher als der zuerst genannte Termin, da außerdem nur Nobelpreisträger, Regierungsmitglieder, Abgeordnete von Nationalparlamenten und Professoren der Sozial- und Rechtswissenschaften sowie der Theologie Antrags-

recht haben, konnten nicht alle Unterstützer der Initiative direkt ihrem Antrag an das Nobelkomitee schicken. Ihre Namen werden aber unter www.businesscrime.de veröffentlicht.

Trotz des eingeschränkten Nominierungsrechts konnten immerhin 20 Professoren, ein Bundestagsabgeordneter und eine Europaabgeordnete Ziegler Nominierung rechtzeitig beantragen.

Zwar hätte, wie mir der Direktor des Nobel-Instituts mitteilte, ein einziger Antrag eines Berechtigten genügt, aber BCC wollte ja einen Beitrag zur Demokratisierung des Nominierungsprozesses leisten.

Diesem Gedanken entsprach übrigens der zweite Antrag an das Nobel-Komitee, den BBC Anfang Juli mit allen Unterschriften an das Nobel-Komitee

schicken wird, nämlich künftig keinen amtierenden Staatspräsidenten, Regierungschef oder Minister mehr den Friedensnobelpreis zu verleihen.

Wer diesen Antrag noch unterstützen möchte, kann dies mit einer kurzen Zustimmungserklärung an die E-mail-Adresse seehans@t-online.de bis Ende Juni tun.

INTERVIEW

Israelis kritisieren Israels Politik

Interview mit Yahav Zohar, Aktivist von „Israeli Committee Against House Demolitions (ICAHD)“.

Er bereiste im Frühjahr für fünf Wochen Deutschland und referierte auf zahlreichen Veranstaltungen.

Das Interview und die deutsche Übersetzung erfolgten durch Karl-Heinz Peil.

FJ: Zunächst eine Frage zur Geschichte Israels: 1967 wurde das West-Jordanland von Israel besetzt. Stand dahinter ein strategisches Ziel?

Die Eroberung der West Bank im 6-Tage-Krieg war eher ungeplant, indem die israelische Armee eine Chance nutzte, die sich ihr innerhalb eines Krieges präsentierte, der in erster Linie gegen Ägypten gerichtet war. Am Ende des 6-Tage-Krieges war die israelische Regierung mit einer unvorbe-

reiteten Situation konfrontiert, sie hatte die Kontrolle über die West Bank und den Gaza-Streifen mit mehr als einer

Million Palästinensern in ihren Gebieten übernommen. Das Problem, mit dem Israel bis heute zu kämpfen hat, besteht in der Frage: Was tun mit einem Gebiet, das wir uns wünschen und einer Bevölkerung, die wir nicht wünschen. Eine Annexion der Territorien würde bedeuten, mit mehr als einer Million palästinensischen Bürgern Is-

Entscheidung zu treffen, d.h. weder die West Bank zu annektieren noch zu räumen. Die West Bank wird deshalb seitdem eine „temporären“ Militärregierung unterworfen.

FJ: Und welche Entwicklung der West Bank ist heute absehbar?

Israel versucht immer noch Wege zu finden, um die Kontrolle über diese Gebiete zu behalten, ohne den Bewohnern die normalen Bürgerrechte zu gewähren. 60% der West Bank ist noch unter militärischer Regierungsgewalt Israels. Der größte Teil der Bevölkerung dort ist eingesperrt in Inseln mit palästinensischen „Autonomiegebieten“, umgeben von israelischen Mauern, Checkpoints und Straßensperren. Um diese Inseln herum setzt Israel den Bau von Siedlungen und Schnellstraßen (nur für Siedler) fort. Damit einhergehend werden palästinensische Häuser und landwirtschaftliche Anbauflächen zerstört. Der Gaza-Streifen ist weiterhin im Belagerungszustand, mit einer umfassenden Blockade, mit Ausnahme von Grundnahrungsmitteln, Baumaterial, Wasserfiltern und medizinischer Versorgung.

FJ: Welche Rolle spielt die EU und vor allem die deutsche Politik gegenüber Israel? Auf welchen Ebenen wird aus Deutschland Unterstützung gewährt?

Israels Politik scheint darin zu bestehen, die Palästinenser und ihre Ressourcen so weitgehend zu kontrollieren, wie dieses die internationale Ge-



Foto: Palästinenser vor ihrem durch Bulldozer zerstörten Haus (Quelle: ICAHD)

raels Status als jüdischen Staat aufs Spiel zu setzen und den Widerstand von USA und internationaler Gemeinschaft zu provozieren. Die Entscheidung lautete seinerzeit deshalb, keine

meinschaft erlaubt. Deutschland unterstützt die israelische Besatzung durch die Finanzierung der nicht gewählten und korrupten palästinensischen „Autonomiebehörde“, durch den Boykott der gewählten palästinensischen Regierung im Gaza-Streifen, sowie durch Lieferung von Waffen und Waffenhandel mit Israel. Damit wird geltendes Recht in Deutschland und der EU verletzt.

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel beinhaltet, dass „diese Beziehungen auf der Achtung der Menschenrechte und demokratischen Prinzipien“ beruhen. Wie kann die EU ihren Handel mit Israel fortsetzen, wo Dutzende von gewählten Parlamentariern inhaftiert sind und mittlerweile 1,5 Millionen Zivilisten im Belagerungszustand gehalten werden?

Weiterhin verbietet das deutsche Gesetz den Waffenhandel in Regionen, wo diese gegen Zivilisten und für politische Unterdrückung eingesetzt werden. Deutsche Waffen wurden auch für die Bombardierung des Gaza-Streifens eingesetzt.

FJ: Wie empfinden Sie diese deutsche Ignoranz betreffend die Verletzung von Menschenrechten und sogar gegenüber Kriegsverbrechen wie im Gaza-Streifen?

Ich denke, dass weniger die Politiker ignorant sind. Vielmehr muss die Öffentlichkeit wachgerüttelt werden, damit ein Stopp von Besatzung und deren Unterstützung gefordert wird. Die deutsche Politik leistet einen wesentlichen Beitrag zu der Gewalttätigkeit, in die mein Land hineingerutscht ist, ebenso wie die Destabilisierung des gesamten Mittleren Ostens. Auch die Beziehungen zwischen Deutschland und der arabischen bzw. muslimischen Welt sind dadurch gestört.

FJ: In Deutschland gibt es den Grundsatz, dass kein Antisemitismus geduldet wird, weshalb keine kritischen Kommentare zu Israels Politik akzeptiert werden. Deutschland hat „besondere Beziehungen“ zu Israel. Wie denken Sie darüber?

Der Begriff Antisemitismus wird in Deutschland leichtfertig benutzt, meistens um Leuten den Mund zu verschließen und Diskussionen zu beenden. Das Thema hier ist aber der Umgang mit Menschenrechten gegen militärische Diktatur und Unterdrückung. Diejenigen, die hiergegen vorgehen, müssen dieses in Bezug auf Israel sehr vorsichtig formulieren und sich mutig den zu erwartenden Anfeindungen stellen. Die deutsche Regierung beansprucht, dass ihre Politik auf historischer Verantwortung beruht. Deutschland trägt aber stattdessen zu dem Zyklus von Gewalt und Gegengewalt im Nahen Osten bei.

HINTERGRUND

Kriegswaffenkontrollgesetz

Das deutsche Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG) trat als Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes 1961 in Kraft. Es regelt die Herstellung, die Überlassung, die Inverkehrbringung, den Erwerb und auch den Transport von Kriegswaffen.

Die Genehmigungsbehörde ist hierbei vor allem das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Das KWKG begrenzt die Weiterverbreitung von Kriegswaffen (Proliferation) auf nur ausnahmsweise berechnete Personen bzw. Firmen. Notwendig ist in jedem Falle eine Genehmigung. Zuwiderhandlungen sind in aller Regel Straftaten nach den §§ 19–20a, 22a KrWaffKontrG. Die Strafvorschriften sind wegen des hohen Gefährlichkeitspotenzials als Straftatbestände ausgestaltet.

Paragraph 6 des KrWaffKontrG verbietet unter anderem die Lieferung von Waffen an ein anderes Land, wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden. Die Lieferung von Kriegswaffen in Krisengebiete ist damit untersagt.

Quelle: Wikipedia

FJ: Sie haben einen recht langen Aufenthalt in Deutschland. Mit welchen

Erwartungen und Zielen haben Sie Ihre Reise angetreten? Was haben Sie bisher erreicht?

Meine Kollegin Julia und ich kamen nach Deutschland in der Hoffnung, eine offene Diskussion zu ermöglichen, wir wollten Politiker ermutigen, das Gesetz zu bemühen und Friedensaktivisten dazu, gegen deutsche Firmen aktiv zu werden, die direkt von der israelische Besatzung partizipieren. Obwohl wir einige positive Resonanz hatten, erscheint uns aber die politische Situation ziemlich festgefahren und Änderungen in der Sichtweise zur israelischen Politik sind wohl ein eher langfristiger Prozess. Andererseits hatten wir auch gute Reaktionen von aktiven Gruppen, die an direkten Kampagnen interessiert sind. Ich hoffe sehr, dass diese Kampagnen zunehmen und deutsche Firmen wie Britta und Blohm & Voss ihre Aktivitäten in den besetzten Gebieten zurückziehen.

FJ: Kritische Stimmen zu Israels Politik wachsen weltweit. Sogar zum Boykott israelischer Waren wird vermehrt aufgerufen – obwohl nicht speziell in Deutschland. Wie denken Sie darüber? Könnten solche Aufrufe Palästinensern und der israelischen Friedensbewegung in gleicher Weise helfen?

Israelis haben die gesamte Macht in Palästina-Israel – und waren bisher damit erfolgreich, den Widerstand der Palästinenser zu ersticken. Um etwas zu bewirken müssen Israelis wahrnehmen, dass sie bei der fortdauernden Besatzung nur verlieren können. Dieses kann einmal erfolgen durch eine dritte Intifada und mit einer Gewalt, die Israelis und Palästinensern in gleicher Weise nur schaden kann. Zum anderen kann dieses auch durch effektiven wirtschaftlichen und diplomatischen Druck seitens der EU und der USA erfolgen. Ich hoffe sehr, dass in Europa zunehmend Menschen erkennen, dass etwas passieren muss, bevor wir in einen erneuten Strudel von Gewalt und Gegengewalt hineingerissen werden.

Weitere Infos : www.icahd.org

„Mustergültige“ Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan

von Christine Buchholz, MdB, Friedenspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke

Anfang Februar diesen Jahres waren mein Fraktionskollegen Jan van Aken und ich gemeinsam in Afghanistan. Wir besuchten das Feldlager Camp Marmal in Masar-i-Sharif, das PRT (Provincial Reconstruction Team – Provinz Wiederaufbau Team) in Kundus und trafen uns mit zahlreichen Akteuren aus dem Bereich der Politik und der Zivilgesellschaft in Kabul.

Wir erörterten mit unterschiedlichen Akteuren die Frage, wie die Bilanz des Wiederaufbaus sei und wie die Zusammenarbeit von Militärs mit zivilen Aufbauhelfern funktioniere. Wenige Tage vorher, am 28.1., fand die Londoner Konferenz statt, vor deren Hintergrund Entwicklungs- und Aufbauhilfe die öffentliche Debatte über Afghanistan prägte.

CIMIC: Das Militärische dominiert das Zivile

In den Gesprächen mit den Kommandierenden des RC North allerdings spielte vor allem die Truppenaufstockung und die Verstärkung der Polizeiausbildung eine Rolle.

tig, jeder Passant, jedes Fahrzeug, jeder Gegenstand am Rande der Straße ist eine potentielle Bedrohung.

Dann die Ankunft am PRT. Die Anlage gleicht einer Festung, hohe Mauern und Stacheldraht. Letzte Illusionen, dass das PRT vor allem etwas mit Wiederaufbau zu tun hat, schwanden, als wir den mehrfach bewachten Eingangsbereich passierten.

Das PRT ist ein Militärlager. Hier leben 1.300 Soldatinnen und Soldaten, hier befindet sich der Kommandostab, die Sondereinheit Taskforce 47, das Lazarett, ein großer militärischer Fuhrpark – und eine Abteilung mit 20 CIMIC (Zivil-militärische Kooperation)-Soldaten.

Die CIMIC-Soldaten sprechen mit den Leuten vor Ort – wenn sie Glück haben ist der Dorfälteste gerade anwesend, sonst wird ihnen auch mal jemand anderes vorgesetzt –, lassen sich sagen, was gerade vor Ort gebraucht wird und kommen dann mit Projektvorschlägen zurück.

Aber sie sind Soldaten, Teil des Militärs und der Besatzung. Sie sind Partei in einem Krieg. Die Soldaten zum

Sie fahren nur in schwer bewaffneten Konvois. Wir hatten die Gelegenheit, so einen Konvoi mit den Schützenpanzern und gepanzerten Truppentransportern zu beobachten, der das PRT in Richtung umliegende Dörfer verlies.

In Kabul trafen wir uns mit Vertreterinnen und Vertretern der so genannten „EZ-community“, den regierungsnahen entwicklungspolitischen Organisationen – darunter der Deutsche Entwicklungsdienst (ded), der zivile Friedensdienst (zfd), die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aber auch eine Vertreterin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Wir sprachen mit ihnen über den Stand der Dinge, aber auch über ihr Verhältnis zum Militär.

Die Beteiligten bemühten sich, ein positives Bild von der Entwicklung in Afghanistan zu zeichnen. Im Zentrum der Erfolgsmeldungen standen die verbesserte Stromversorgung Kabuls über das sogenannte North East Power System (NEPS). 80% von Kabul hätten regelmäßig Strom. Wadir Safir, Professor für Internationales Recht an der Uni in Kabul, sagte uns später: „Das mag ja sein, aber bei meiner Mutter, die 30 Minuten von Kabul entfernt, lebt ist es weiterhin stockduster.“

Die EZ-Mitarbeiter sprachen aber auch offen über die Probleme. Ingrid Sobel, Geschäftsführerin des DED, schätzte, dass es noch 1-2 Generationen dauern werde, bis eine nachhaltige Veränderung „in den Köpfen der Menschen“ erreicht sei.

Wir wollten wissen, ob es stimmt, dass neu gebaute Schulen und Straßen ohne militärischen Schutz von den Taliban zerstört werden. Dies ist ja ein Hautargument für die Verquickung von Militär und Wiederaufbau.

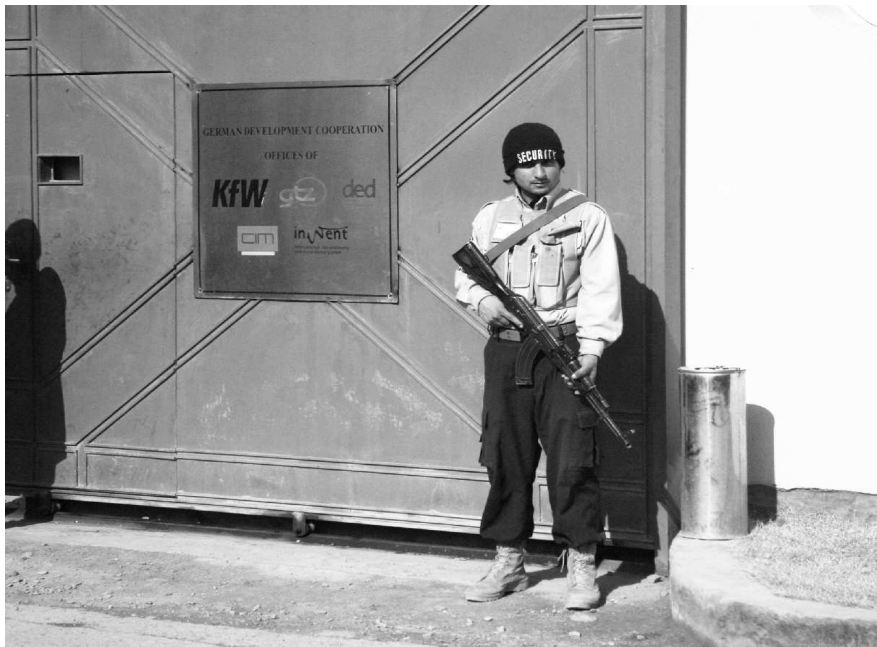
Die EZ-Vertreterinnen und Vertreter verneinten. Auch ohne Militär- oder Polizeischutz würden die Schulen nicht abgebrannt. Wenn die Schulen von der Bevölkerung vor Ort mitgetragen



Schon unsere Fahrt vom Flughafen in Kundus zum PRT sprach Bände. Unser Konvoi gepanzelter Fahrzeuge raste die kurze Strecke über die Straße – nur kein Angriffsziel bieten. Die Angst vor Anschlägen ist allgegenwä-

Beispiel, die für Schutz zuständig sind, sind auch für Informationsbeschaffung zuständig. Deswegen misstrauen viele Dorfbewohnern den CIMIC-Trupps. Und deswegen sind sie auch Ziele von Anschlägen und Angriffen.

wurde, dann verteidigten sie sie auch. Wenn traditionelle Strukturen eingebunden seien, dann funktioniere es. Carl Taestensen leitet das Risk Management Office der GTZ. Er berichtete von einem Straßenbauprojekt aus der Provinz Uruzgan: Alle hätten gesagt, sie würden da „vom Acker geschossen“. Aber sie konnten dort reingehen, weil sie mit den richtigen Leuten vor Ort gesprochen hatten. So konnten sie Vertrauen gewinnen. Aufbauarbeit ohne Militär bräuchte allerdings eine langfristige Planung und setze nach Taestensens Worten voraus, die ganze Wertschöpfungskette mitzudenken. Das heißt zum Beispiel für andere Bereiche nicht nur über den Anbau von Früchten und Mandeln nachzudenken, sondern auch über deren Weiterverarbeitung. Zudem erfuhren wir, dass es nötig sei, eine Analyse der Situation vor Ort zu machen, und herauszufinden, welche Konflikte es gäbe, welche Machtstrukturen und welche Bedürfnisse. Dadurch erst könnten die handelnden Personen wissen, mit wem sie wie reden sollten.



Fotos: Christine Buchholz

ISAF: Kriegsführung mit zivilem Feigenblatt

Der Auftrag von ISAF steht der Trennung von Wiederaufbau und Militär diametral entgegen. Daran ändert auch die Londoner Konferenz nichts.

Das bestätigte sich auch bei einem Treffen mit dem Leiter der „stability division“ im ISAF Hauptquartier, Hermann Nicolai. Seine Abteilung ist Knotenpunkt für die Kommunikation zwischen ISAF, der afghanischen Regierung und anderen Regierungsorganisationen. Sie war bereits vor einem Jahr vom damaligen ISAF-Kommandeur McKiernan eingeführt worden. Die Abteilung arbeitet mit der Philosophie, dass die Aufstandsbekämpfung eine starke zivile Komponente brauche. Herr Nicolai berief sich auf das Initial Assessment des aktuellen ISAF-Kommandeurs Stanley McCrystal, wonach 40% der Arbeit von ISAF Wiederaufbau sein müsse. Das bezog Herr Nicolai vor allem auf die Frage des Staatsaufbaus, bzw. die Wahrnehmbarkeit des Staates auf der Distriktsebene. Er berichtet, dass die Taliban zum Beispiel Streitigkeiten über Landfragen regelten und sich so Respekt verschafften. Die Devise heiße: „Shape“ (Gelände klären, Truppen in Stellung bringen), „clear“ (unmittelbare Bekämpfung der Taliban), „hold“ (halten, Vertrauen aufbauen), „build“ (Provinzverwaltung stärken, Polizei rein). Das

Agieren gegen die Taliban sei Notwehr, da diese die staatlichen Autoritäten vertrieben.

Das gesamte Dilemma des ISAF-Einsatzes wird in dieser Abteilung deutlich. Das Zivile ist bestenfalls die Flankierung des Militärischen. Strategi-

sches Ziel bleibt die Aufstandsbekämpfung.

Es muss einen Bruch mit diesem Ansatz geben, um effektiv helfen zu können – so dies von den Afghaninnen und Afghanen gewünscht wird.

Genug zu tun ist auf jeden Fall. Ein Beispiel was mich seit der Reise sehr beschäftigt ist die Frage der Wassertversorgung. Kabul verfügt nämlich über kein Abwassersystem.

Die Bevölkerung Kabuls hat sich in den letzten Zehn Jahren auf fünf Millionen Menschen verzehnfacht. Ein im Oktober 2009 veröffentlichter „Masterplan“ für das Stadtgebiet Kabul und die in den nächsten Jahren noch zu erschließenden Gebiete (Neu-Kabul) beinhaltet den Bedarf von 1,55 Milliarden US-Dollar für die Einrichtung von Abwasserkanälen, Kläranlagen und Regenwasserableitung. Um das Bevölkerungswachstum irgendwann einzuholen, wäre ein jährlicher Investitionsbedarf von mindestens 50-80 Millionen US-Dollar allein für Abwasser erforderlich. Das beinhaltet noch nicht die notwendigen Millionenbeträge, die nötig sind um das Abwassersystem zu betreiben und unterhalten.

Und damit niemand sagt, das Geld wäre nicht da: Der neue ISAF-Einsatz kostet etwa 1,2 Milliarden Euro jährlich.

IM BLICKFELD

Die UNO erklären uns, dass man für 20 Milliarden Dollar schätzungsweise allen Menschen der Erde Zugang zu Trinkwasser verschaffen könnte. Für eine gleiche Summe die Slums der Großstädte auflösen könnte. Eine Welt rings um Mexiko-City, Madras, Bombay, Kairo ohne Slums für 20 Milliarden. Das ist weniger als ein Dreißigstel des Militärhaushaltes der Vereinigten Staaten von Amerika. Stattdessen schützen wir uns militärisch vor Immigranten. 6000 Menschen machen das Mittelmeer zu einem Massengrab für Flüchtlinge vor dem blanken Hunger.

aus der Rede von Eugen Drewermann auf der Friedenskundgebung am 20. Februar 2010 in Berlin

Bildermaschine für den Krieg

von Peter Bürger, Theologe und freier Publizist, Düsseldorf. Für seine Studien zum Thema „Krieg und Massenkultur“ wurde er 2006 mit dem Berta-von-Suttner-Preis (Kategorie „Film und Medien“) ausgezeichnet.

Ob die gegenwärtige Krise des Finanzkapitalismus auch das Ende der neoliberalen Wirtschaftsreligion bedeutet, wissen wir noch nicht. Fest steht hingegen, dass das massenkulturelle Erbe des Neoliberalismus die moderne Gesellschaft noch auf lange Sicht hin belasten wird. Zu den zentralen Botschaften dieses „Kulturertes“ gehören Angst, Sinnlosigkeitsverdacht, Rücksichtslosigkeit und Gewalt. Im Beschimpfungsvokabular hat „Du Opfer!“ inzwischen den „Loser“ verdrängt. Ein beträchtlicher Teil der jüngeren Generation verbringt viele Stunden der Freizeit damit, virtuell am Bildschirm Menschen oder menschenähnliche Wesen zu erlegen. Ich bezeichne die entsprechende Kulturform – in Abgrenzung zur positivistischen Mediengewaltforschung – als krank. Bei meinen Vorträgen können Jugendliche sehr gut mit dieser Provokation umgehen. Sie verlangen aber zu Recht, dass ich sie selbst als Konsumenten von aggressiven Unterhaltungsprodukten nicht diskriminiere.

Tötungsvergnügen am PC

Wenn es nach der neoliberalen Kulturindustrie und der ihr zu Diensten stehenden Kulturforschung ginge, würden wir beim Thema „gewalthaltige Medien“ den Blick auf die Verbraucher, die Eltern, die Pädagogen etc. richten.

Das ist auch weithin der Regelfall. Erst zaghaft bahnt sich wieder ein anderes Paradigma den Weg, welches die Unterhaltungsprodukte selbst und deren Hersteller unter die Lupe nimmt. Die Defizite lassen sich indessen nicht übersehen. Kaum jemand hat in der jüngsten Debatte über „Amoklauf und Killerspiele“ auf den militärischen Ursprung des Tötungsvergnügens am PC aufmerksam gemacht, was doch sehr nahe liegend gewesen wäre. Im Netz der Computerspiel-Produktion sind Unterhaltungsindustrie, Rüstungshersteller und Militär auf unterschiedlichsten Kooperationsebenen längst miteinander verflochten.

Dafür gibt es eigene Zentren z.B. in Los Angeles, Florida und Südkalifornien. Es geht um Synergie-Effekte, den Anschluss an die modernste Hochleistungstechnologie und Realismus in komplexen Strategie- und Kampfsimulationen. Die Kreativen sorgen dabei für eine emotional empfundene Echtheit. Die Forschungsergebnisse werden zunächst vom Militär eingesetzt, z.T. auch in Form kostenloser Rekrutierungsspiele, und kommen via Zweitverwertung auf den kommerziellen Markt. Das neue Kriegsspielzeug ist mit dem alten Zinnsoldaten nicht mehr vergleichbar. Die digitale Technologie für Militärtraining, Ernstfall und Spiel hat den gleichen Ursprung und ist weithin auch identisch. Sterile Kriegs-

Appelle an jugendliche Technikfaszination tragen entscheidend zur Militarisierung der Alltagskultur bei. Doch das blutige Abknallen mit Punkteprämien, welches man mit Verboten in Griff bekommen will, gehört eben auch zum Sortiment. Woher kommt's? Aus der Einübung in den Krieg.

Zivil-militärische Zusammenarbeit in Hollywood

In der größeren Produktpalette des „Militainment“ folgen die Filmproduktionen. Auch hier erweist sich die gängige Behauptung, die Sortimente seien einfach ein Ergebnis des freien Marktes, als nicht stichhaltig. Der Vietnamkrieg hatte zwar die – seit Anfang des 20. Jahrhunderts erprobte – Kooperation zwischen Militär und Filmindustrie zeitweilig fast zum Erliegen gebracht, doch ab Mitte der 1980er Jahre verlegte sich die hegemoniale Kinowerkstatt „Hollywood“ wieder auf intensive zivil-militärische Zusammenarbeit. Mitnichten handelt es sich bei der Militärassistenz um kleine Gefälligkeiten. Das Militär gewährt kostspielige Unterstützungsleistungen, z.B. sonst unbezahlbare Dreharbeiten auf Flugzeugträgern oder ganze Truppenkontingente für den Statistenbedarf. Im Gegenzug erhält das Pentagon-Filmbüro eine Kontrolle über die Drehbücher. Eine Kombination aus Selbstzensur und Zensur sorgt dafür, dass auch die Endergebnisse den Pentagon-Filmrichtlinien entsprechen. Sie dienen der Nachwuchswerbung und zeigen das Militär in einem positiven Licht. In Europa hat das Modell längst Nachahmung gefunden. Der vom französischen Militär und Kriegsministerium unterstützte Titel „Les Chevaliers du Ciel“ (2005) verbreitet z.B. Angst vor islamistischem Terror in Europa. Die offensive Infotainment-Kampagne der Bundeswehr kann man derzeit in allen größeren Städten studieren. Das ZDF ergänzt die seit 1997 ausgestrahlte Serie „Die Rettungsflyger“ mit einer Internetseite, welche zur Rekrutierung von Bundeswehrynachwuchs beiträgt. Werbeanteile mit Staatskunst-Charakter bieten Pro-



Screenshot aus Videospiele Counterstrike

szenarien ohne sichtbares Leiden, politische Kontexte der PC-Angebote und

duktionen wie der TV-Zweiteiler „Die Sturmflut“ (2005), „Jets – Leben am Limit“ (Pro 7), „Frauen am Ruder“ (WDR) oder die von RTL präsentierte Mini-Serie „Sonja wird eingezogen“.

Bei den Pentagon-Kooperationen handelt es sich überwiegend um weltweit vertriebene Blockbuster. Im Kontext der letzten US-Kriege ist das Timing sehr auffällig. Der Militärgerichtsfilm „Rules of Engagement“ (2000), einer der menschenverachtendsten Titel des ganzen Kanons, rechtfertigt die Tötung von 90 Zivilisten beim Beschuss einer arabischen Demonstration vor der US-Botschaft im Jemen (das antiislamische Kulturkampfparadigma kann allerdings bis in die 1970er Jahre zurückverfolgt werden). „Men Of Honor“ (2000) ist einer von vielen Rekrutierungsfilmern, die sich besonders an ein afro-amerikanisches Publikum wenden. Danach folgen aus der Hollywood-Pentagon-Werkstatt: der von Rache-Rhetorik durchzogene Weltkriegsfilm „Pearl Harbor“ (2001); der revisionistische Vietnamfilm „We Were Soldiers“ (2001); der Weltkriegsfilm „Windtalkers“ (2002); Re-Inszenierungen von „humanitäre Weltpolizeieinsätzen“ in Somalia (Black Hawk Down, 2001) und Bosnien (Behind Enemy Lines, 2001); schließlich der Titel „Sum Of All Fears“ (2002), durch den passend zum Irakkrieg die Terrorangst mittels einer „schmutzigen Bombe“ reaktiviert wurde. Dieser geballte Militainment-Komplex mit Pentagon-Assistenz wurde oft als Reaktion auf „9/11“ gedeutet. Doch die Filme liegen mit ihrem Produktionsbeginn alle zeitlich noch vor dem 11.9.2001. Schon anhand dieses Befundes kann man – auch ohne 9/11-Spekulationen – darauf schließen, dass zur Jahrtausendwende fertige Kriegspläne in der Schublade gelegen haben müssen. Weiter geht es danach z.B. mit dem Schutz schwarzafrikanischer Christen vor islamischen Rebellen (Tears Of The Sun, 2003) oder 9/11-Titeln wie „United 93“. Gegen Ende der Bush-Ära assistierte das Pentagon aber auch bei „I Am Legend“ (USA 2007) über einen afro-amerikanischen Heilsbringer der Endzeit.

Filme aus diesem Kanon bauen Bedrohungsszenarien auf, schaffen Akzeptanz für Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsbrüche, sorgen für Soldatennachwuchs oder bereiten die Zuschauer auf Neuerungen vor. Drei große Katastrophenfilme (1998-2003) sind mit Militärhilfe als Werbetrailer für erddurchdringende Atomwaffen gestaltet („Armageddon“, „Deep Impact“, „The Core“). Der pentagongeförderte Luftkriegsfilm „Stealth“ (USA 2005) besänftigt mit einem pseudomoralischen Diskurs alle, die sich von unbemannten Kampfflugzeugen mit autonomen „Entscheidungskompetenzen“ beunruhigen lassen.

In der politischen Filmkritik kommt das militarisierte Kino mit all seinen Maskierungen (natürlich auch unabhängig von der militärischen Filmförderung) ins Blickfeld. Die beiden großen Trilogien zum Auftakt des 3. Jahrtausends – „Lord of the Rings“ und „Matrix“ – verankern z.B. die Schlacht zwischen Gut und Böse in der Massenkultur. „Matrix“ greift kritische philosophische Fragen der Cyberkultur auf, um die Zuschauer schlussendlich mit Kriegstheologie zu unterhalten. Das Science-Fiction-Kino verleiht der „Revolution in Military Affairs“ – auch ästhetisch – ein positives Image. Der totale, netzwerkzentrierte Krieg der Zukunft ist in den Köpfen vieler Zuschauer längst verankert. Beim Durcharbeiten der Regale von kommerziellen Videotheken drängt sich die Frage auf, in welchem gängigen Filmgenre eigentlich nicht dem Programm „Krieg“ zugeordnet wird.

Kritischer Diskurs?

Zumindest eine Strategie der Kriegsförderung im Kino sei noch angeführt: die Vorspiegelung eines kritischen Diskurses. Spätestens seit Vietnam werden z.B. Positionen der Friedensbewegung ins Drehbuch aufgenommen und dann ad absurdum geführt. Einige neuere US-Heimkehrerfilme geben sich ganz als „Antikriegsfilme“, am Ende aber kehrt der gebrochene Held auf den Kriegsschauplatz zurück. Der Begriff „gewalthaltige Medien“ trägt zur Vernebelung bei. Nicht Gewalt an sich als Thema der Kunst ist das Problem, sondern die interessege-

leitete – kriegsfreundliche – Präsentation von Gewalt. Die Militarisierung der Massenkultur, die wir ob der Allgegenwart der entsprechenden Bilder gar nicht mehr bewusst wahrnehmen, kollidiert mit dem Zivilisationskonsens, wie er in UN-Charta, Internationalen Verträgen oder im Grundgesetz festgeschrieben worden ist. Nicht nur die gezielte Kriegspropaganda, die z.T. offen rassistisch ist, sondern überhaupt die dominante Kulturwerbung für das Programm „Krieg“ ist zu sichten. Auch wenn inzwischen die westlichen Militärstrategien, darunter das Weißbuch der Bundesregierung, Rohstoff- und Energieversorgung als Planungsgesichtspunkte anführen, bedeuten dazu passende Filmdrehbücher immer noch Werbung für Völkerrechtsverbrechen.

Rigoreuse Verbotsstrategien sind schon allein deshalb nicht aussichtsreich, weil sie im Internetzeitalter nicht funktionieren. Der Jugendschutz muss sich jedoch strikt am Friedensgebot der Verfassung ausrichten. Vom Gesetzgeber kann man zumindest Verbraucherschutz-Regelungen erwarten, nach denen eine etwaige Unterstützung durch Militär oder auch Rüstungsindustrie auf allen Unterhaltungsprodukten kenntlich gemacht wird.

Die EU stellt Forschungsgelder zur Verfügung, um der europäischen Computerspielbranche auf die Sprünge zu helfen. Für eine institutionell verankerte Erforschung des massenkulturellen Krieges ist indessen keine Sorge getragen. Im nächsten Jahr läuft die UN-Dekade für eine Kultur der Gewaltfreiheit ab. Hierzulande hat kaum jemand von ihr Kenntnis genommen. Die wichtigste Herausforderung läge in einer neuen Kulturpolitik, die der Dominanz aggressiver und destruktiver Botschaften im Neoliberalismus etwas entgegenhält. Ohne eine öffentliche Kultur des Dialoges, der Kooperation und des Friedens ist eine Zukunftsperspektive für das Leben auf unserem Planeten kaum denkbar.

Der Beitrag wurde entnommen aus der Zeitschrift Hintergrund mit Zustimmung der Redaktion.

Info unter: www.hintergrund.de
zu Peter Bürger siehe auch:
www.friedensbilder.de

1960: Start der Außerparlamentarischen Opposition

von Andreas Buro, emer. Hochschullehrer und Mitorganisator des ersten Ostermarsches, Grävenwiesbach

Hätte mir vor einem halben Jahrhundert, als wir den ersten Ostermarsch in Norddeutschland vorbereiteten, jemand gesagt, dass daraus die westdeutsche außerparlamentarische Opposition hervorgehen würde, ich hätte wahrscheinlich nicht recht begriffen oder es für Spott gehalten. Der erste >Ostermarsch gegen Atomwaffen in Ost und West< war alles andere als eine Massenbewegung. In Braunschweig standen wir - 24 Frauen und Männer - zwischen zwei Stützpfeilern der Kirche, deren Pfarrer uns mit bewegenden Worten in die kalte und nebelige Landschaft hinaus schickte. Ich wäre lieber zwischen den Pfeilern stehen geblieben. Damals waren die meisten von uns das Demonstrieren noch nicht gewöhnt. Drei Tage Marsch bei Kälte und Schnee und vielen Anfeindungen. Wir lernten schnell, wie wichtig die Gruppe für unsere psychische Stabilität war.



Grafik: Dieses wohl bedeutendste Friedenszeichen hat seinen Ursprung in der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung (Campaign for Nuclear Disarmament) der 1950er Jahre. Es wurde am 21. Februar 1958 von dem britischen Künstler Gerald Holtom entworfen. Holtom war von der CND beauftragt worden, ein Symbol für den Ostermarsch zu entwerfen. Der Protestmarsch ging von London aus und war gegen das Atomwaffenforschungszentrum in Aldermaston gerichtet. Das Zeichen leitet sich nicht von den Runen des sterbenden römischen Kriegers ab, sondern ist eine Kombination der Zeichen N (für „nuclear“ = atomar) und D (für „disarmament“ = Abrüstung) aus der Flaggensignalsprache.
Quelle: Wikipedia

Der deutsche Quäker Konrad Tempel hatte in England den London-Aldermaston-Marsch der Campaign for Nuclear Disarmament (CND) miterlebt und brachte die Idee nach Deutschland. (Anmerkung der Redaktion: Siehe Titelfoto). Er und seine spätere Frau Helga Stolle arbeiteten bei den Kriegsdienstverweigerern in Hamburg. Da lag es nahe, bei den Schwesterorganisationen der benachbarten Städte für einen gemeinsamen Sternmarsch nach Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide, wo die USA ihre Honest John-Raketen stationiert hatten, zu werben. Die Vertreter der pazifistischen Gruppen aus Braunschweig, Bremen, Hamburg, Hannover und Göttingen trafen sich mehrmals in Bergen-Hohne, überlegten die Slogans, unseren Aufruf und unsere grundsätzlichen Prinzipien. Zentral war die Aussage: „Gegen Atomwaffen in West und Ost.“ Für uns gab es keine Friedensbombe!

„Kampf dem Atomtod“: Verordneter Stillstand

In Deutschland des Jahres 1960 Ostermärsche zu veranstalten, das war alles andere als Zuckerschlecken. Es herrschte die hohe Zeit des Kalten Krieges, die auf beiden Seiten verbunden war mit der drohenden Aussage: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich! Da wollte es bei solcher West-Ost-Feindschaft schon etwas heißen, wenn normale Menschen es wagten, gegen Atomwaffen auf beiden Seiten zu protestieren. Zwar hatte es in der zweiten Hälfte der 50er Jahre bereits die Aktion „Kampf dem Atomtod“ gegeben. Die Großorganisationen SPD und Gewerkschaften hatten dabei politisch, finanziell und organisatorisch das Sagen. Doch 1959 machte die SPD eine Kehrtwendung. Es begab sich nämlich zu der Zeit in Bad Godesberg 1959, dass die SPD ihre Aktion „Kampf dem Atomtod“ abrupt beendete. Herbert Wehner hatte erkannt, die SPD würde niemals an die Regierung kommen, wenn sie sich nicht auf die Adenauer'sche Politik der Wiederbewaffnung Deutschlands

einließe. Über eine große Koalition konnte der Weg zur Macht geebnet werden, wenn nur die größten Stolpersteine beseitigt würden. Einer der größten war die Ablehnung jeglicher Atomwaffen durch die Partei. So wurde der KdA auf allen Ebenen eingestellt. An dieses verlassene Erbe knüpfte der erste Oster-Sternmarsch von 3 bis 4 Tagen nach Bergen-Hohne 1960 an. Mit einer gewissen Berechtigung kann man sagen, die außerparlamentarische Opposition als unabhängige Friedensbewegung wurde auch durch die SPD bewirkt.

1960: Bescheidener Neuanfang in Bergen-Hohne

In Bergen-Hohne trafen die Marschsäulen zusammen. Vom Dach eines VW-Busses wurden Reden gehalten. Als H. G. Friedrich, der Vorsitzende unserer Braunschweiger Gruppe der Internationale der Kriegsdienstgegner, auf den Bus stieg, um zu sprechen, versagte ihm vor Tränen der Rührung die Stimme, als er sah, wie viele sich zusammen gefunden hatten. Es waren mehrere Hundert. Heute fände das kaum noch jemand erwähnenswert. Kriegsdienstverweigerung und Pazifismus waren zu dieser Zeit in der deutschen Gesellschaft marginal. So wurde der erste Ostermarsch von Ost und West, links und rechts mit Häme und Spott überschüttet. Naive Sektierer und idealistische Spinner waren noch die freundlichsten Bezeichnungen. Die Diffamierungsmaschine lief auch schon damals noch auf einer anderen Ebene. Ein Boulevard-Blatt titelte: „Sex auf dem Ostermarsch“. Der Hintergrund: Wir hatten Turnhallen für die Übernachtungen angemietet. Dort nächtigten die MarschteilnehmerInnen gemeinsam. Damals zog solche Diffamierung noch. Heute würde man darüber nur lachen – auch ein deutliches Zeichen für den Wandel gesellschaftlichen Bewusstseins nicht zuletzt durch die bald aufblühenden sozialen Bewegungen. Das Wunder von Bergen-Hohne geschah jedoch erst ein Jahr später. 1961

fanden bereits in allen Regionen Westdeutschlands Ostermärsche statt. Viele politische und religiöse Gruppen entdeckten den Ostermarsch als eine Möglichkeit, mit vielen auch unterschiedlich Gesinnten gegen Atomwaffen zu protestieren. So konnten damals eigentlich randständige Gruppen von Pazifisten zu einem Fokus werden für die erste von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen Großorganisationen unabhängige außerparlamentarische Opposition. Sie breitete sich nicht nur in Windeseile über die ganze Bundesrepublik aus, arbeitete während des ganzen Jahres und nicht nur zu Ostern, erweiterte ihre Thematik, so dass sie sich später über viele soziale Lernprozesse in die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ verwandelte, eine Art Urmutter der „neuen sozialen Bewegungen“. Die Ostermarsch-Kampagne wurde zu einem breiten Bündnis aus den unterschiedlichsten sozialen Milieus und politischen Lagern. Ihre Zeitschrift, die zunächst >Informationen zur Abrüstung< hieß, nannte sich dann >Außerparlamentarische Opposition<.

Ziviler Ungehorsam von unten

Und noch ein Wunder geschah: Sehr viele der sonst so disziplinierten SPD-Genossen und Gewerkschaftskollegen konnten nicht begreifen, dass der einst so wichtige Kampf gegen den Atomtod nun etwas Verabscheuungswürdiges sein sollte, das man besser nach „drüben“ zu schicken habe. Sie verweigerten den Herrschern ihrer Apparate in diesem Punkt die Gefolgschaft – so eine Art ziviler Ungehorsam. Das hat uns sehr gefreut, aber auch die unerbittliche Feindschaft von Wehner und anderen Oberen eingetragen, die damals vor keiner Diffamierung zurück schreckten.

Seit Mitte der 1960er Jahre spielte das Thema Vietnam bei den Aktivitäten der Ostermarsch-Kampagne eine zunehmende Rolle. Die Bedeutung des Vietnam-Krieges für die Politisierung der Friedensbewegung kann gar nicht überschätzt werden, wurde doch durch ihn bei vielen das für Demokratie und Menschenrechte stehende Vorbild der USA zutiefst in Frage gestellt. Die Au-

ßen- und Militärpolitik der USA und darüber hinaus des „Westens“ wurde unter dem Gesichtspunkt imperialistischer Machtausübung kritisiert und die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus auf die Tagesordnung gesetzt.

1968 marschierten Ostblock-Staaten in die CSSR ein, was die Zusammenarbeit der heterogenen Teile der Kampagne außerordentlich belastete. Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke 1968 verwies auf starke rechte Tendenzen in der Gesellschaft. Themen wie die Notstandsgesetzgebung traten in den Vordergrund. Ende der 1960er Jahre war die Kampagne derart politisiert – auch die StudentInnenbewegung hatte durch ihre Verselbständigung dazu beigetragen – dass sie sich zugunsten vieler Reformprojekte in fast allen gesellschaftlichen Bereichen de facto auflöste. Man wollte die Gesellschaft verändern. In der Zeit der Entspannungspolitik während der Kanzlerschaft von Willy Brandt beschäftigten, soziale, ökologische, entwicklungs- und frauenpolitische Probleme die Menschen mehr als die vermeintlich entschärfte Bedrohung durch Atomwaffen und Krieg. Damit war die Rolle der Ostermarsch-Bewegung, der ‚Kampagne für Demokratie und Abrüstung‘ als Kern der neuen sozialen Bewegung und der außerparlamentarischen Opposition beendet. Sie löste sich 1969 auf.

Die Ostermärsche der späteren Zeit hatten und haben einen anderen Charakter. Sie sind eine der vielen Aktionsformen der Friedensbewegung, die sich im Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss in den 80er Jahren wieder voll entfaltete.

Was wurde erreicht?

Was haben diese großen Anstrengungen aus der Zivilgesellschaft heraus bewirkt? Die politischen Entscheidungen der Regierung wurden ja kaum im Sinne der Demonstrierenden verändert. In der schwierigen politischen Landschaft des Kalten Krieges der 60er Jahre hat die Kampagne große Teile der Bundesrepublik erfassen und eine breite öffentliche Diskussion entfalten können. Viele Menschen wurden ermutigt, öffentlich für ihre friedenspoli-

tische Haltung einzustehen. Die Diskussion über Gewalt und Gewaltfreiheit in der Politik erhielt in den 70er Jahren neue Impulse aus der Auseinandersetzung mit den Gewaltstrategien der RAF. Sie erstreckt sich bis in die Gegenwart, wo insbesondere die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung als Kontrapunkt zum militärischen Austragen von Konflikten im Vordergrund stehen. Viel gelernt wurde im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Kompetenz über militärisches Denken und Strategien, aber auch dass man sich wehren kann und dass es möglich ist, viele Menschen in der Gesellschaft zu erreichen. Es war trotz unterschiedlicher Meinungen in einzelnen Fragen möglich, sich in zentralen Punkten zu einigen und gemeinsam koordiniert zu handeln. Die ‚Kampagne‘ erweiterte auch den Boden für die gesellschaftliche Akzeptanz der Kriegsdienstverweigerung.

Die Ostermarsch-Bewegung hat vielfältige, lebensbejahende, fröhliche Formen der Demonstration und der Kommunikation entwickelt. Kulturell-politische Veranstaltungen und Lieder spielten eine große Rolle. Sie hat internationale Arbeit intensiv betrieben: Demonstrationen und Redneraustausch über Grenzen hinweg.

In diesem halben Jahrhundert hat die Friedensbewegung sehr unterschiedliche Arbeitsphasen und ein Auf und Ab der Motivation und Beteiligung durchlaufen. Unabhängig davon ist das gesellschaftliche Bewusstsein weit verbreitet, dass die militärischen weltweiten Interventionen eine Politik zum Schaden unseren eigenen Gesellschaft sind. Die Ablehnung der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan zeigt dies nur allzu deutlich, obwohl vielen BürgerInnen die soziale Frage viel dichter auf den Nägeln brennt..

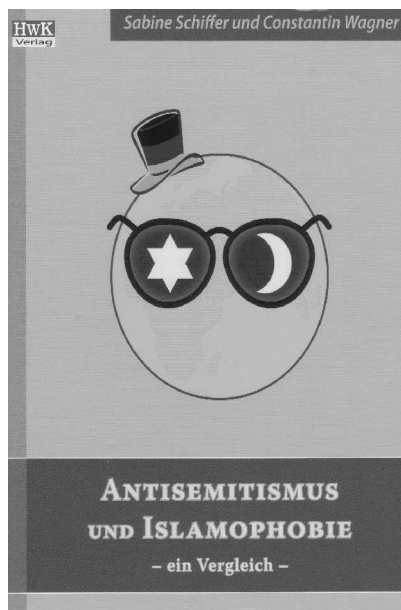
Inzwischen sind die Märsche zu Ostern ein fester Bestandteil der Protestkultur der Zivilgesellschaft in Deutschland. In zahllosen Kundgebungen und Veranstaltungen um Ostern wie auch während des Jahres werden die jeweils aktuellen Probleme von Krieg und Frieden aufgearbeitet. Das soll auch weiterhin so bleiben.

. Islamophobie – Feindbild nach „bewährten“ Strickmustern

„Antisemitismus und Islamophobie – ein Vergleich“ von Sabine Schiffer und Constantin Wagner, HWK-Verlag, ISBN 978-3-937245-05-8, 260 Seiten, € 24,80

Sabine Schiffer hat sich bereits langjährig als Gründerin und Leiterin des Instituts für Medienverantwortung mit den Themenfeldern Medienbildung, diskriminierende Diskurse und Kriegspropaganda befasst. Constantin Wagner hat sich nach dem Studium von Soziologie und Religionswissenschaften vor allem mit der sozialen Funktion des Islam-Diskurses in Deutschland beschäftigt. Beide zusammen haben mit ihrem Buch eine umfassende und dennoch sehr kompakte Analyse des Themenkreises "Antisemitismus und Islamophobie" vorgelegt. Von einem einfachen Vergleich - wie es der Untertitel suggeriert - kann man hierbei allerdings nicht sprechen. Der Antisemitismus gehört zu dem gesellschaftlichen Diskurs, der mittlerweile sehr gründlich aufgearbeitet worden ist, was auch aus der umfangreichen Bibliografie am Ende des Buches hervorgeht. Die Darstellung des gerade in Deutschland lange kultivierten Antisemitismus ist deshalb für die Autoren kein Selbstzweck, sondern soll in erster Linie die erschreckenden Parallelen aufzeigen, die sich bei der zunehmend um sich greifenden Islamophobie zeigen. Der Antisemitismus, so das kurze Resümee im ersten Teil des Buches, stammt aus der Mitte der Gesellschaft - insbesondere aus dem Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts. Die zu meist subtile Nutzung des Antisemitismus, um simple Erklärungen für komplexe Zusammenhänge anzubieten, wird vor allem anhand von Beispielen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich. Die Nazi-Ideologie brauchte deshalb gewissermaßen nur die Ernte einer Aussaat einzufahren, die andere ausgelegt hatten. In der aktuellen Antisemitismusdebatte unserer Tage wird aber diese historisch umfassendere Dimension ausgeblendet. Vielmehr wird dieses Thema in den Medien vor allem zur Pflege einer Erin-

nerungskultur über die NS-Zeit behandelt, mit der keineswegs Lehren aus der Geschichte gezogen werden. Heutige Antisemitismusrwürfe werden vor allem gegenüber Kritikern israelischer Politik erhoben. Die eigentlichen Errungenschaften der Antisemitismusforschung, nämlich die Behandlung dieses Phänomens losgelöst vom Ju-



dentum und seinen religiösen Lehren, werden damit im aktuellen politischen Diskurs völlig ausgeblendet.

Im zweiten Teil des Buches werden die Grundmuster der Islamophobie beleuchtet. Anhand zahlreicher Beispiele werden gängige Mechanismen analysiert. Bedrohungsszenarien, Verteidigungsmythen und Verschwörungstheorien spielen dabei eine zentrale Rolle. Neben den Methoden und Mechanismen werden aber auch in gleicher Weise die Träger der Islamophobie beleuchtet. Diese kommen nicht nur aus dem rechten Spektrum, sondern auch aus dem Bildungsbürgertum, womit sich auch eine Parallele zum Antisemitismus des 19. Jahrhunderts aufzeigt. Im Anhang des Buches

werden einige Titelseiten aus Zeitschriften abgedruckt, wo Islamophobie verbreitet wird und deren Leser üblicherweise dem Bildungsbürgertum zugeordnet werden, nämlich aus: Der Spiegel, Focus, Die Zeit und Stern.

Politischer Hintergrund dieser Debatte sind heute längst nicht mehr nur diejenigen gesellschaftlichen Ängste, die seinerzeit den Antisemitismus förderten. Vielmehr geht es um den Nahostkonflikt und dem Umgang mit der Politik Israels. Hier zeigt es sich einmal mehr, dass der Nahostkonflikt auch eine Ausstrahlung auf innenpolitische Auseinandersetzungen hat und dieser auch deshalb einer dringenden Lösung bedarf.

Den Autoren ist es gelungen, ein sehr analytisches und wissenschaftlich fundiertes Buch zu schreiben, das dennoch nicht zu Lasten einer sehr prägnanten Darstellung geht. den Stellenwert des Buches muss man vor dem Hintergrund sehen, dass die herrschende Klasse sich stets einfacher Feindbilder bedient, um damit den politischen Diskurs zu bestimmen. Früher war dieses der Antikommunismus, heute wird dieses geprägt von der "Achse des Bösen" Terrorismus und Islam(ismus). Um dem entgegen zu steuern, sind viele Argumente notwendig. Allerdings verweisen die Autoren auch auf die diesbezüglichen Schwierigkeiten in dem Abschnitt "Anti-antiislamischer Aufklärungsdiskurs auf verlorenen Posten?"

Alles in allem handelt es sich hier um ein unverzichtbares Buch, dem zu wünschen ist, dass es sich als Standardwerk für die Problemkreise Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus und Feindbilder entwickelt.

Karl-Heinz Peil

Aufruf:

Frieden-mitmachen - Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!

Mutige Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt sind jetzt möglich und notwendig. Mit dem Bekenntnis des amerikanischen Präsidenten Obama in Prag zu einer Welt ohne Atomwaffen gibt es heute die einmalige Chance, die Atomwaffenstaaten auf konkrete Schritte zur atomaren Abrüstung zu verpflichten. Im fünfundsiebzehnten Jahr nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki entspricht Obamas Abrüstungsappell den Friedenswünschen der Menschen.

Die deutsche Bundesregierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zur atomaren Abrüstung. Sie muss jetzt Taten folgen lassen für ein atomwaffenfreies Deutschland, für eine atomwaffenfreie Welt.

Auf der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages* im Mai 2010 in New York müssen Maßnahmen zur atomaren Abrüstung festgelegt werden. Die bereits von der NPT - Konferenz im Jahr 2000 - vor der Bush-Ära - beschlossenen praktischen Schritte zur nuklearen Abrüstung, auch der Vertrag über ein umfassendes Atomtestverbot, müssen endlich verwirklicht werden. Sonst verliert der NPT - Vertrag seinen Sinn. Wenn die NPT - Konferenz scheitert, wäre der Weg offen für ein ungehemmtes atomares Wettrüsten mit immer mehr Atomwaffenstaaten.

Die einzige Alternative heißt: eine Welt ohne Atomwaffen. Die Bundesregierung kann und muss zum Erfolg der NPT - Überprüfungskonferenz erheblich beitragen.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- **Abzug der letzten US - Atomwaffen aus Deutschland,**
- **Stopp aller Modernisierungspläne für Atomwaffen und ihre Trägermittel,**
- **Nein zu Atomwaffen in der neuen NATO-Strategie,**
- **Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen,**
- **Sicherheitsgarantien der Atomwaffenmächte gegenüber allen Nicht-Atomwaffenstaaten und atomwaffenfreien Zonen.**

Wir erwarten von der Bundesregierung und den Regierungen der NATO - Länder, sich mit Nachdruck für den frühestmöglichen Beginn von Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zur Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen, wie dies in der UN-Generalversammlung vorgeschlagen wurde.

Den Worten müssen Taten folgen, die Zeit ist reif für mutige Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt!

*Der Nichtverbreitungs- oder Atomwaffensperrvertrag (deutsch: NVV = Nicht-Verbreitungs-Vertrag oder englisch NPT= Non Proliferation Treaty) hat 189 Vertragsstaaten und gilt seit 1995 unbefristet; er soll die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern und verpflichtet die Atomwaffenstaaten auf die Abrüstung ihrer Atomwaffen.

Unterzeichner des Aufrufes sind unter vielen anderen:

Aus den Gewerkschaften: Frank Bsirske (ver.di), Annelie Buntenbach (DGB), Hartmut Meine (IG Metall), Franz-Josef Möllenberg (NGG), Horst Schmitthener (IG Metall) Ulrich Thöne (GEW), Dr. Hans-Jürgen Urban (IG Metall)

Aus der Umweltbewegung: Dr. Sebastian Pflugbeil, Minister a.D.(Gesellschaft für Strahlenschutz), Prof. Hubert Weiger (Vorsitzender BUND), Hubert Weinzierl (, Präsident Deutscher Naturschutzring

Aus der Friedensforschung: Prof. Dieter Senghas (Universität Bremen), Dr. Hans-Joachim Schmidt (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Dr. Wolfgang Zellner (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg), Dr. Peter Strutynski (Uni Kassel), Prof. Dr. Werner Ruf (Bundesausschuss Friedensratschlag)

BürgermeisterInnen für den Frieden: Jann Jakobs (Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam), Jürgen Roters (Oberbürgermeister Köln), Christian Ude (Oberbürgermeister München), Stephan Weil (Oberbürgermeister Hannover und Vizepräsident der Mayors for Peace)

Veranstaltungshinweis:

Blick zurück nach vorn - 50 Jahre Ostermarsch

– Eine musikalisch-kabarettistische Gratulation -

Matinee mit

Diether Dehm (Gesang), Michael Letz (Piano), Einhart Klucke (Kabarett), Ralph-M. Luedtke (Rezitation), Peter Strutynski und Veteranen der Ostermarschbewegung: Ellen Weber (Gersfeld), Andreas Buro (Grävenwiesbach), Horst Bethge (Hamburg), Willi Hoffmeister (Dortmund) und Horst Trapp (Frankfurt)

Sonntag, 28. März 2010 - 11.30 Uhr
Kassel, Dock 4 -- Deck 1

– Eintritt frei / Spenden erwünscht -